

# *Alerta Südthüringen*

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



Schwerpunkt im Heft: Kritik deutscher Gedenkpolitik

- ▶ Zur Kritik deutscher Vergangenheitsbewältigung
- ▶ Vom Tag der Befreiung und wie Täter zu Opfern werden
- ▶ Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Südthüringen 1933 – '45 – Teil II
- ▶ außerdem im Heft: Zustände in Flüchtlingsunterkünften und deutschen Dörfern

## IN DIESER AUSGABE:

Editorial	—	3
Was ist los in Südthüringen (und Umgebung)? – Short News zum alltäglichen Wahnsinn in unserer Region	—	4
Zur Kritik deutscher Vergangenheitsbewältigung	—	9
Vom Tag der Befreiung und wie Täter zu Opfern werden	—	13
Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Südthüringen 1933–‘45 – Teil II	—	16
Katastrophale Zustände im Flüchtlingsheim Suhl	—	22
Jedem Landkreis die Nazis, die er sich verdient hat	—	24
Briefe von den Lesern	—	27

Unser Titelbild zeigt einen Gedenkstein für vier 1945 ermordete KZ-Häftlinge während einer antifaschistischen Gedenkveranstaltung in Langenwiesau.

So erreicht ihr uns:

Alerta Südthüringen

c/o Infoladen Arnstadt      alerta-sth@riseup.net  
Plauesche Str. 20          www.alerta.ml  
99310 Arnstadt

Vi.S.d.P.: Stefan Müller, Straße der Opfer des Faschismus, 98527 Suhl

## EDITORIAL

Der 70. Jahrestag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus ist in vielen Publikationen Anlass sich schwerpunktmäßig damit zu beschäftigen und an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern. Auch wir können und wollen uns davon nicht ausnehmen und haben entsprechend für die aktuelle Ausgabe den Schwerpunkt *Kritik deutscher Gedenkpoltik* gewählt. Dabei wollen wir uns nicht einreihen in eine Gedenkpoltik, wie sie von offizieller und von Staatsseiten betrieben wird und Wegbereiter der „Wiedergutwerdung der Deutschen“ (Eike Geisel) ist bzw. war, sondern streben eben jene zu kritisieren. Wie diese Entsorgung der deutschen Vergangenheit durch Erinnern im Zuge des Wandels von einem primären postnazistischen Bewusstsein hin zu einem sekundären funktioniert und wieso es dieses zu kritisieren gilt, erfährt ihr im Text *Zur Kritik deutscher Vergangenheitsbewältigung*. Dass sekundärer Postnazismus den primären dabei nicht vollständig abgelöst hat, sondern beide durchaus koexistieren können, zeigt dabei das im Heft ebenfalls thematisierte Beispiel einer Gedenkfeierlichkeit in Suhl am 8. Mai anlässlich des Tages der Befreiung bzw. der deutschen Niederlage, bei der die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert wurden. Einen anderen Zugang zur Geschichte als jene, die die Täter des Nationalsozialismus zu Opfern stilisieren, wählt der in dieser Ausgabe fortgesetzte Text *Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Südthüringen 1933–‘45* in seinem zweiten von drei Teilen, der Widerstandshandlungen in Südthüringen beleuchtet ohne dabei die Mär von einem „anderen Deutschland“ zu unterfüttern.

Aber auch tagespolitische Themen haben uns in den letzten Wochen und Monaten beschäftigt. Der von Nazis bzw. – wie sie sich selber gerne nennen – „besorgten Bürgern“ aufgebaute Druck durch Hetze und Gewalt gegen die zunehmende Zahl von geflüchteten Menschen in diesem Land, ist beängstigend. Abschiebebehörden und herrschende Politik signalisieren längst die Bereitschaft, dem Mob nachzugeben und bringen neue Asylrechtsverschärfungen ins Gespräch. In einigen Gegenden Ostdeutschlands herrscht für Geflüchtete längst Lebensgefahr. Dass keiner der zahlreichen Anschläge und Angriffe tödlich endete (Stand: Mitte August), ist einer Mischung aus Zufall und Glück zu verdanken. Auch in unserer Region geht Gefahr für Flüchtlinge von militanten Nazis aus, die ihre organisatorische Basis seit Anfang des Jahres stark verbreitern konnten. Ein weiteres Mal ist daher Suhl und die dort entstandene Erstaufnahmeeinrichtung Thema der aktuellen Ausgabe. In dieser Aufnahmeeinrichtung müssen Flüchtlinge aktuell unter katastrophalen Bedingungen leben. Auch weiter im Süden, im Kreis Hildburghausen, vor allem in Klosta Veßra, ist die Kacke regelrecht am Dampfen – die zu Gunsten des Wortwitzes gewählte vulgäre Ausdrucksweise möge der Redaktion verziehen werden. Wer den Witz nicht verstanden hat, erfährt näheres dazu auf den Seiten 24ff. Wer ihn indes verstanden hat, aber nicht lustig fand, kann sich ein weiteres, vielleicht anderes Urteil über den Humor der Redaktion in der auf der letzten Seite neu vertretenen Kategorie *Briefe von den Lesern* bilden.

Die nächste Ausgabe der Alerta Südthüringen soll Ende des Jahres erscheinen. Wie immer freuen wir uns über Kritik, Lob, Anregungen und natürlich Mitarbeit. Meldet euch einfach mal!

Viel Spaß beim Lesen wünscht  
die Alerta-Redaktion

## WAS IST LOS IN SÜDTHÜRINGEN (UND UMGEBUNG)? – SHORT NEWS ZUM ALLTÄGLICHEN WAHNSINN IN UNSERER REGION

### Antirassistische Plakataktion am Arnstädter Rabenhold

Im Arnstädter Wohngebiet Rabenhold machen rassistische Anwohner seit Monaten Stimmung gegen eine Flüchtlingsunterkunft in zum Abriss vorgesehen Plattenbauten (Vgl. Alerta #4, S. 18–21). Als Zeichen der Solidarität und des Widerstandes gegen die sich formierende Naziinitiative „Patriotische Bürgerbewegung für Arnstadt“ und ihre Avancen in Arnstadt einen NPD-Stützpunkt zu etablieren, klebten antirassistische Aktivisten Ende April vor allem in benanntem Wohngebiet, aber auch in der Innenstadt, Plakate auf denen „Refugees Welcome“ zu lesen ist. Die Aktion wird von der Redaktion der Alerta Südthüringen zum Nachmachen empfohlen!



### THÜGIDA-Aufmärsche in Hildburghausen, Neuhaus, Arnstadt und Suhl

Auch in den Monaten April, Mai und Juni organisierten die Thüringer Flüchtlingsfeinde, die sich „Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (THÜGIDA) nennen, Aufmärsche in mehreren Südthüringer Städten, darunter Hildburghausen (3. Mai), Neuhaus am Rennweg (11. Mai), Arnstadt (18. Mai) und mal wieder Suhl (8. Juni). Überall ermöglichte ihnen

die Thüringer Polizei, trotz Protestaktionen, ihre Aufmarschrouten durchzusetzen. Trotzdem sanken die Teilnehmerzahlen in den vergangenen Monaten. Waren in Suhl im Januar zeitweise mehr als 1.000 Nazis und rechte Wutbürger auf der Straße, kamen zu den letzten THÜGIDA-Aufmärschen kaum mehr als die 100–200 immer gleichen Teilnehmer aus allen möglichen Thüringer Städten plus lokalem Support.



Südthüringer Realitäten: Nazis, Bullen, Bäume und Schiefer – Hier beim THÜGIDA-Aufmarsch am 11. Mai in Neuhaus

### Eklat bei 8. Mai-Gedenkfeier in Zella-Mehlis

Die Niederlage des Dritten Reiches schmerzt ungezählte Nachfahren der Täter noch heute. Bei einer Gedenkveranstaltung auf dem alten Friedhof in Zella stellte eine Geschichtsrevisionistin ein Schild mit der Aufschrift „In Gedenken an die gefallenen deutschen Opfer im 2. Weltkrieg“ auf. Auf Geheiß der Organisatoren überweilte das Schild die Gedenkveranstaltung, führte aber danach zu einer hitzigen Debatte unter den Teilnehmern und landete schließlich dort, wo solcher, die deutsche Tätergemeinschaft verharmlosende Mist hingehört: auf dem Müll.

### Prozess gegen Flüchtlingsaktivist endet mit Freispruch

Verkehrte Welt in deutschen Gerichtssälen: In Arnstadt saß am 28. Mai ein Flüchtlingsaktivist vor Gericht, weil er sich gegen eine Polizeikontrolle, die sich ausschließlich gegen ihn richtete, im Zug verbal zur Wehr gesetzt hatte und die Polizeipraxis als das benannte, was sie war und ist: rassistisch. Nun saß der von rassistischer Polizeipraxis („Racial Profiling“) betroffene Miloud Lahmar Cherif wegen Beleidigung vor dem Arnstädter Amtsgericht und die eigentlichen Täter, die kontrollierenden Beamten, auf der Zeugenbank. Das Verfahren endete immerhin mit Freispruch. Miloud durfte die Kontrolle als rassistisch bezeichnen, rechtens sei sie trotzdem. Soviel zum Zustand deutscher Rechtsstaatlichkeit.



Soliaktion für Miloud vor dem Arnstädter Amtsgericht

### PBFA organisiert Infostand am Arnstädter Rabenhold

Am 6. Juni organisierten die Arnstädter Flüchtlingsgegner der Naziinitiative „Patriotische Bürgerbewegung für Arnstadt“ (PBFA) – nicht zu verwechselnden mit der kaum weniger widerlichen Wählervereinigung „Pro Arnstadt“ – gemeinsam mit der Erfurter NPD um Stadtrat Enrico Beschisko einen Infostand am Rabenhold, um die rassistischen Ressentiments gegen die Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft zu schüren. Wirklicher Erfolg stellte sich nicht ein. Mehr als die Mitglieder der Initiative und die angereisten Unterstützer interessierten sich nicht für den Nazistand.

### Naziüberfall in Meiningen

Am Abend des 9. Juni überfielen drei Neonazis in Meiningen zwei Antifaschisten in der Sachsenstraße und verletzten diese durch Schläge und Tritte. Beide mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die anrückende Polizei kontrollierte statt der Angreifer die Betroffenen. Die attackierenden Neonazis Andy Döpel, Andreas Rickes und Nico Werner gehören zur Nazigruppe „Brigade Werratal/Rennsteig“ bzw. deren Umfeld.

### Schwache Beteiligung bei Naziaufmarsch in Meiningen

Der PEGIDA-Hype zu Anfang des Jahres aus ihren Löchern. Eine dieser Skurrilitätengruppen ist die Initiative „Patriotische Europäer sagen Nein“, kurz: PESeN. Nach einer Mobilisierungszeit von mehreren Wochen brachten diese Patrioten am 14. Juni zwischen 60 und 70 Nazis auf die Straßen Meiningens, die zum Teil aus der Schweiz anreisten. Nach einer schweigsamen und gelangweilten Runde um das Bahnhofsgebiet, reisten die Nazis wieder ab. Antifaschistischer Protest drang trotz Polizeistaatsaufmarsch zur Naziroute vor und sorgte kurzzeitig für etwas Aufregung bei den Hitzschlag-geplagten Teilnehmern der Nazidemo. Die bürgerlichen Nazigegner ließen derweil das bunte Meiningen (was auch immer das sein mag) in der Innenstadt hochleben.



Frontrampa des Naziaufmarsches am 14. Juni in Meiningen; ca. 60–70 Nazis schlossen sich dem Aufruf patriotischer Wirtsköpfe an

## Fußballspiel in Ilmenau aufgrund großer rechten und gewaltbereiten Fanbasis abgesagt

Der SV Germania Ilmenau plante für den 21. Juni in Folge der Rekonstruktion des eigenen Stadions ein Testspiel gegen den 1. FC LOK Leipzig. Bereits am vorangegangenen Wochenende kam es während des Oberliga-Relegationsspiels in Erfurt zu Ausschreitungen seitens der Gästefans. Der Verein 1. FC LOK Leipzig ist seit Jahren für seine rassistischen und antisemitischen Fans bekannt. Auch in Südthüringen verfügt der Verein über eine äußerst große Anhängerschaft. Zunächst sollte das Spiel trotz der erwähnten Ausschreitungen stattfinden. Da man von einer „erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ durch gewalttätige Gästefans ausging, wurde das Spiel kurzfristig aber doch abgesagt.

## AfD Kreisverband Südthüringen eröffnet Büro in Suhl

In der Würzburgerstraße hat der Kreisverband der AfD-Südthüringen nun sein eigenes Büro eröffnet. Ende Juli lud man sich dazu die Landtagsabgeordnete Corinna Herold aus Erfurt (Wahlkreis Hildburghausen) sowie diverse Vertreter des benachbarten Kreisverbandes aus dem Ilm-Kreis ein. Bei der Eröffnung kamen dann u.a. Rüdiger Schmitt, welcher im Ilm-Kreis Chef des dortigen Kreisverbandes ist, sich an PEGIDA und PEGADA Aufmärschen in Dresden und Erfurt beteiligt hat und begeisterter Teilnehmer an antisemitischen Montagsmahnwachen in Erfurt war. Am selben Tag hielt der Kreisverband noch einen Infostand in der Suhler Innenstadt ab.

## THÜGIDA im Sommerloch

Das Thüringer Nazibündnis THÜGIDA verkündete am 3. Juli die vorläufige Einstellung seiner Demonstrationen. Seitdem im März dieses Jahres aus SÜGIDA das thüringenweite Projekt THÜGIDA wurde (Vgl. Alerta #4, S. 9–15.), überzogen die Nazis fast jeden Montag wechselnde Thüringer Städte mit Aufmärschen

von einigen Dutzend bis mehreren hundert Rassisten. Die Sommerpause wollten die Nazis zur Vernetzung und Neuaufstellung nutzen. Am 5. Juli trafen sich die Organisatoren auf Tommy Frencks Anwesen in Kloster Veßra und besprachen ihr weiteres Vorgehen. Unterdessen besuchten die Thüringer Protagonisten PEGIDA-Aufmärsche in anderen Bundesländern. Erst für den 17. August, den Todestag von Naziikone Rudolf Hess, kündigte THÜGIDA wieder Aufmärsche an. Diesmal allerdings vier und in verschiedenen Städten, einen davon in Suhl. Dass die Sommerpause nun vorbei ist und es mit Naziaufmärschen im Wochentakt weitergeht, ist wahrscheinlich.



THÜGIDA-Organisatoren aus ganz Thüringen bei einem Treffen am 5. Juli in Kloster Veßra

## THÜGIDA im Sommerloch II

Ohne Dauermobilisierung während der Sommerpause fürchteten die rassistischen Scharfmacher bei THÜGIDA wohl um den Verlust von erworbener Aufmerksamkeit. Um diese über den Sommer aufrecht zu erhalten, bedienten sich die Neonazis bei Propagandatricks der Altnazis und bewiesen einmal mehr, dass die Rede von der Lügenpresse, geführt im Mund eines Nazis, eine reine Projektionsleistung ist. Um die Stimmung gegen Flüchtlinge anzufeuern nahmen sie eine Auseinandersetzung zwischen Eritreern und Kosovo-Albanern in Sömmerda vom 27. Juli zum Anlass um von „Ausländerkrawallen“ gegen Deutsche bzw. einem Angriff auf einen Jugendclub zu halluzinieren. Weil aber niemand in Sömmerda von einem solchen Angriff wusste, zerrte man einen vom Angriff vermeintlich betroffenen und verletzten Kronzeugen hervor. Blöd nur, dass dieser „Jens“ sich nachweislich seine Verletzungen ganz woanders erworben hat,

was die Nazis dummerweise auch noch selber offenbarten, weil sie Bilder aus verschiedenen Heilungsphasen publizierten. Am selben Tag postete ein Freund von „Jens“ auf Facebook: „du Dummbiddel, das Foto habe ich persönlich gemacht auf der PI in Sömmerda, letzte Woche Dienstag!!!!“ Damals zog „Jens“ in einer von ihm begonnenen Auseinandersetzung den Kürzeren. Dumm gelaufen...

## THÜGIDA im Sommerloch III

Einige Tage später, am 5. August, versuchten die THÜGIDA-Nazis den nächsten Propagandakniff und posteten auf Facebook Bilder von vermüllten Bädern und Küchen, die angeblich in der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung auf dem Friedberg entstanden sein sollen. Dummerweise waren die Bilder schon einige Monate alt und stammten nicht aus Suhl. Dass sich solche Hetzveröffentlichungen als Lügen entlarven, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Manipulation beim Klientel der Nazis ihre Wirkung nicht verfehlt. Wer die Gruselmärchen glauben will und dem rassistischen Wahnbild verfallen ist, der legt eine sehr selektive Wahrnehmung der Welt an den Tag: „Der Wahn korrigiert sich nicht mehr an der Realität, sondern versucht, die Realität am Wahn auszurichten und umzuformen.“ (Simon Rubaschow)



Faksimile der Meldung von THÜGIDA-Nazi David Köckert; die Bilder entstanden nicht in Suhl

## AfD wird zur Partei der ostdeutschen Rassen

Lange Zeit beherbergte die AfD zwei Parteiflügel. Einen rechtsliberalen um den Parteigründer Bernd Lucke, der enttäuschte Mitglieder der etablierten Parteien aus der abstiegsgeängstigten Mittelschicht auf sammelte, und einen

deutschnationalen, völkischen Flügel, der vor allem in Ostdeutschland seine Hochburgen hat. Nach dem vergangenen Bundesparteitag am 4./5. Juli in Essen und dem Rausschmiss des rechtsliberalen Flügels aus Vorstandsgremien hat dieser Flügel die Partei inzwischen verlassen und die AfD endgültig zu einem Sammelbecken ostdeutscher Rassisten werden lassen. Was das für die Südthüringer Verbände heißt? Nicht viel. Vielleicht Mitgliederverluste im einstelligen Bereich, wenn überhaupt. Vor allem die Region um Arnstadt war seit eh und je Hochburg der völkischen Fraktion. Hier bleibt alles beim Alten.

## Solidarität mit dem alternativen (Jugend-) Zentrum Grünes Haus

Das Grüne Haus in Suhl steht wegen finanziellen und personellen Problemen vor dem Aus. Seit 22 Jahren sorgt das alternative (Jugend-) Zentrum in Suhl dafür, dass neben dem grauen Mainstream, neben Klöße-Fritz und Herbert Roth auch Platz für antifaschistische Kultur und Politik in der Stadt mitten im Wald ist. Infos, wie dem Haus zu helfen ist, gibt es online: [www.grueneshaus-suhl.de](http://www.grueneshaus-suhl.de)

## Zunahme von Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte

In den Sommermonaten entwuchs die seit Monaten anschwellende Gewalt gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte zu einem neuen Stadium nazistischen Terrors. Inzwischen gab es bundesweit dutzende Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, im sächsischen Freital am 27. Juli sogar einen Sprengstoffanschlag auf das Fahrzeug eines Linken-Politikers. Im ersten Halbjahr des Jahres 2015 verzeichnet eine Statistik des Bundesinnenministeriums insgesamt 202 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Bei 173 sei der faschistische Hintergrund bereits ermittelt worden. In Thüringen kommen auf 100.000 Einwohner 2,27 als rechtsextrem klassifizierte Straftaten. Damit liegt die Wahrscheinlichkeit in Thüringen Betroffener von Nazigewalt zu werden, statistisch gesehen, sogar höher als in Sachsen.

## Abschiebung von Roma-Familie in Meiningen vorerst abgewendet

Die Abschiebung einer aus Serbien geflohenen elfköpfigen Familie der dort diskriminierten und verfolgten Roma-Minderheit konnte in Meiningen in der Nacht zum 11. August unter anderem durch das Zutun couragierter Antirassistinnen und Antirassisten verhindert werden. Sie versperrten der Polizei den Zugang zum Plattenbau im Meiningener Wohngebiet Jerusalem. Im Angesicht der aufgebauten Drohkulisse durch die Abschiebebehörden verschwand ein 13-jähriges Kind der Familie während der Belagerung durch die Polizei. Die Abschiebung wurde daher vorerst abgebrochen. Wie die Verfolgungsbehörden weiter verfahren, ist unklar. SPD-Landrat Heimrich forderte „konsequente Abschiebungen“.



*Antirassistische Blockade am Eingang zum Plattenbau im Meiningener Ortsteil Jerusalem – den Aktivistinnen und Aktivistinnen ist es u.a. zu verdanken, dass die Abschiebung abgebrochen werden musste – auch diese Aktion wird von der Redaktion der Alerta zum Nachmachen empfohlen!*

## Drei Verletzte bei Brand in Sonneberger Asylbewerberunterkunft

Da Fahrräder und Kinderwagen nicht ohne weiteres von selbst Feuer fangen und die seit Monaten forcierte Hetze gegen Geflüchtete deutschen Tatendrang weckt, ist beim Brand am Morgen des 12. August im Eingangsbereich eines Sonneberger Plattenbaus im Stadtteil Wolkenrasen mit einem Brandanschlag zu rechnen. Auch die ermittelnde Kriminalpolizei geht inzwischen von mutwilliger Brandstiftung aus. 21 der 31 im Haus lebenden Personen sind Asylbewerber. Drei von ihnen mussten mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus.

## TERMINE

In den folgenden Wochen finden wieder zahlreiche Veranstaltungen aus dem Themenfeld Antifaschismus in (Süd-)Thüringen statt, sowie – derzeit leider unausweichlich – Naziaufmärsche und antifaschistische Protestaktionen dagegen. Nachfolgend eine kleine Auswahl und Hinweise, wo ihr euch online informieren könnt.

### Jeden Montag & Mittwoch: Suhl & anderswo

Die SÜGIDA/THÜGIDA-Naziaufmärsche gehen weiter. Neben den Montagsaufmärschen kommen jetzt wahrscheinlich noch welche Mittwochs dazu, weil Tommy Frenck wegen der in Suhl erfahrenen Zurückweisung durch die Stadtverwaltung jetzt beleidigte Leberwurst spielt. Wie lange die Nazis das durchhalten, können wir nicht sagen. Alle Infos zu Aufmärschen in Südhüringen gibts online unter: [WWW.AGST.AFACTION.INFO](http://WWW.AGST.AFACTION.INFO)

### 25. September – 19 Uhr: Arnstadt, P20

Vortrag & Diskussion zu Arnstadts Rechtspartei „Pro Arnstadt“ und ihrem von 1994 bis 2012 amtierenden Bürgermeister Hans-Christian Köllmer. Mehr Infos: [WWW.KULTUR-UND-POLITIK.TK](http://WWW.KULTUR-UND-POLITIK.TK)

### 23. Oktober – 19 Uhr: Arnstadt, P20

Vortrag & Diskussion zum lokalen Ableger der sozialchauvinistischen „Alternative für Deutschland“ (AfD) und den jüngsten Entwicklungen innerhalb von Landes- und Bundespartei. Mehr Infos: [WWW.KULTUR-UND-POLITIK.TK](http://WWW.KULTUR-UND-POLITIK.TK)

### 6./7. November: Weimar

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Workshops und Kulturprogramm. Alle Infos: [WWW.RATSCHLAG-THUERINGEN.DE](http://WWW.RATSCHLAG-THUERINGEN.DE)

### 15. November: Friedrichroda

Antifaschistischer Widerstand gegen den Naziaufmarsch zum Volkstrauertag in Friedrichroda und die deutsche Gedenkpolitik. Alle Infos: [WWW.VOLKSTRAUERTAG-ABSCHAFFEN.TK](http://WWW.VOLKSTRAUERTAG-ABSCHAFFEN.TK)

## ZUR KRITIK DEUTSCHER VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

VOR MEHR ALS 70 JAHREN, am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz. In den Folgemonaten befreiten alliierte Soldaten dutzende Konzentrations- und Vernichtungslager. Vor 70 Jahren beendete die Anti-Hitler-Koalition damit das größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit, den industriell organisierten Mord an Millionen Wehrlosen. 70 Jahre danach ist es nicht gelungen zu errichten, was die Überlebenden sich erhofft hatten, nämlich eine Welt, in der ein neues Auschwitz unter veränderten Bedingungen unmöglich würde. Stattdessen erleben wir ein knappes dreiviertel Jahrhundert später in Deutschland die Stunde der Vergangenheitsbewältigung. Die deutsche Vergangenheitsbewältigung kennt verschiedene Strategien. Alle laufen auf dasselbe Ziel hinaus: Auschwitz vergessen zu machen.

### Ablösung der Revisionisten durch die Büßer

Der Ideologiekritiker Gerhard Scheit unterscheidet bei all jenen Versuchen der Deutschen, mit ihrer verbrecherischen Vergangenheit klarzukommen, zwischen primärem und sekundärem postnazistischem Bewusstsein. Das primäre postnazistische Bewusstsein tritt in der Gestalt des gekränkten Revisionisten auf, der die Resultate des Nationalsozialismus zwar bejaht, die Forderung nach politischer Umkehr jener die Gewaltverhältnisse verstetigenden Praxis aber vergessen machen will. Jenes Bewusstsein prägte vor allem die gesellschaftlichen Entwicklungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte mit ihren Versuchen der Relativierung, Verleugnung und offensiven Verdrängung. Auch wenn jenes postnazistische Primärbewusstsein heute noch in reaktionären und konservativen Kreisen vorherrscht, wurde es v.a. durch die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre durch das sekundäre postnazistische Bewusstsein abgelöst. In diesem kehren die ursprünglichen Motive in gewandelter Form wieder. Das sekundäre postnazistische Bewusstsein bejaht die Resultate des Nationalsozialismus in abgeleiteter Weise im Gewand des Büßers, der aus der Erfahrung der Vernichtung gelernt zu haben vorgibt und es besser machen will. Als solches ist das sekundäre postnazistische Bewusstsein heute wirkungsvoller als das primäre und hat in bußfertigen Schwätzern wie dem aktuellen Bundespräsidenten Joachim Gauck seine aktuellste Form gefunden. Der Wandel vom primären zum sekundären postnazistischen Bewusstsein beschreibt einen Prozess

der Umfunktionalisierung deutscher Vergangenheitspolitik von einem Ballast, aus dem kein Kapital zu schlagen ist (deswegen wollten Adenauer, Kohl & Co. sie lieber abhaken), zu einem Potential, das der Rechtfertigung neuer Untaten dienlich sein kann. Eike Geisel spitzte diese Entwicklung mit dem zynischen Begriff der deutschen „Wiedergutwerdung“ treffend zu. Dieser Prozess der Umfunktionalisierung der Vergangenheit begreift einen Wandel von einer Politik des Beschweigens und des Relativierens der faschistischen Vergangenheit hin zur offensiven Auseinandersetzung mit den eigenen Verbrechen – und das ist entscheidend – *im Dienste und zum Wohle des neuen Souveräns*. Die Identifikation der Deutschen mit ihrer Nation sollte nicht mehr durch Verleugnung der Vergangenheit geleistet werden, sondern durch die Integration des Erbes, die Nachkommen von Verbrechern zu sein. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz wollten die Deutschen wieder zu sich selbst finden. Als ob die ostentativ zur Schau gestellte Einsicht, dass es nicht in Ordnung sei, Europa in ein Schlachthaus zu verwandeln (eigentliche eine Selbstverständlichkeit), die moralische Erhabenheit und das neue Selbstbewusstsein des reuigen Sünders Deutschland rechtfertigen könnte. Eben weil sie aus der Vergangenheit die richtigen Lehren gezogen haben wollen, beschloss die rot-grüne Bundesregierung 1998 den dritten deutschen Militärangriff innerhalb eines Jahrhunderts auf Jugoslawien zu starten. Der damalige Grüne Außenminister Joschka Fischer führte die Lehre aus Auschwitz explizit als Argument an, um den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945 zu rechtfertigen. Diese vermeintlichen

Lehren, die Deutschland aus seiner Vergangenheit zieht, dienen letztlich nur dazu, sich als neue Ordnungsmacht zu profilieren, die entspannt an Israels Verteidigungspolitik herumröckeln und Wirtschaftsbeziehungen mit jedem erdenklichen Terrorregime als Appeasementpolitik ausgeben kann.



Postnazistische Logik: Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz Belgrad zerbombt.

Alle hier nur angerissenen und bis in die Gegenwart fortdauernden Formen der deutschen Aufarbeitung der Geschichte hatten letztlich nicht zur Folge, die bis heute fortbestehenden Bedingungen des Faschismus bewusst zu machen und einen radikalen Bewusstseinswandel, einen Bruch im Selbstverhältnis der Einzelnen zur Gesellschaft zu erwirken. Sondern ganz im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte bleibt an der Oberfläche, dient nicht der Erkenntnis, sondern letztlich der Rechtfertigung neuer Untaten.

### Faschismus und Kapitalismus

Diese Entwicklung offenbart eine traurige Erkenntnis: Die höchste Form der deutschen Vergangenheitsentsorgung ist das Erinnern. Freilich ist gegen das Erinnern an sich nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Solange die objektiven Bedingungen fortbestehen, die nach Auschwitz führten, kommt dem Erinnern eine entscheidende Bedeutung zu. Aber eben dann, wenn die Erinnerung dem Zweck dient, die Gegenwart des Vergangenen mit dem Gedenken an die konkreten Verbrechen zumindest gedanklich zurückzu-

holen und zu verknüpfen. Jene angesprochene Gegenwart des Vergangenen meint das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie und rührt eben daher, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die zum Faschismus führten. Jene gesellschaftlichen Voraussetzungen sind die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsweise, die, ob wir wollen oder nicht und ob wir darum wissen oder nicht, unser Leben bestimmt; eine Ordnung, die die Einzelnen in Unmündigkeit und Abhängigkeit bannt und sie um das betrügt, was das Leben verheißt. Leben unterm Kapitalverhältnis bedeutet: Ausbeutung, ständig drohende oder längst Realität gewordene Verarmung, Zurichtung und Verdummung statt Selbstbestimmung und gutes Leben, statt wirklicher Freiheit und Solidarität. Die faschistische Ideologie will die Negativfolgen kapitalistischer Zurichtung durch die Verfolgung von Menschen kurieren, die selber nur Betroffene und Getriebene dieser Ordnung sind: an den Flüchtlingen, die man als Konkurrenten um die künstlich verknüpften Zugänge zum Wohlstand wahrnimmt oder an den Juden, die man für die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus verantwortlich machen will.

Das Charakteristikum der politischen Linken war einmal das Versprechen aus dieser Tretmühle der Entfremdung und Verdinglichung den Ausweg zu ebnen. Irgendwann im 20. Jahrhundert verliert sich von diesem Ziel in der Breite linker Organisationen jede Spur. Mit der sozialistischen Alternative zum Realkapitalismus schien auch eine Perspektive wirklicher Aufarbeitung der Vergangenheit, die eben mit der Abschaffung der Voraussetzungen ihrer Wiederholung verknüpft ist, verschüttet. Die faschistische Barbarei erwächst eben nicht in Gegnerschaft zur kapitalistischen Grundordnung, sondern ist als ihre Krisenform eine immer mitzudenkende Möglichkeit ihres Verfalls. Kapitalismus und Faschismus sind keine Antipoden, sondern entspringen demselben gesellschaftlichen Ordnungsgefüge, der warenproduzierenden Gesellschaft. Oder mit den Worten Max Horkheimers: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.“

### Die Linke macht mit

Eine zur herrschenden Form der ritualisierenden Geschichtsentsorgung konkurrierende Positionierung zur deutschen Vergangenheit gibt es nur in linksradikalen Nischen. Die etablierten Teile der Linken machen beim deutschen Nationbuilding mit, widersprechen nicht mehr, wenn etwa in Suhl am 8. Mai (siehe diese Ausgabe, S. 13ff) gemeinsam den deutschen Verbrechen und ihrer Opfer und Gegner gedacht wird. Zum Volkstrauertag tauchen an allen möglichen Kriegsdenkmälern der Region auch Politiker der Linken auf und schwafeln von Versöhnung über den Gräbern. Die aktuelle deutsche Linke macht Staatspolitik oder würde das zumindest gern. Sie verfängt sich in realpolitischen Sachzwängen und akzeptiert die Logik ihrer Verwaltung. Dabei bleiben im „Spiegelbild der Politik“ (Bruhn), das den Staat nicht als Herrschaftsapparat, sondern als neutrales Instrument beliebiger Zwecke imaginiert, zentrale Lehren aus der deutschen Geschichte auf der Strecke, weil sich mit dem gegenwärtigen Zustand identifizieren oder zumindest arrangieren muss, wer ihn verwalten will statt ihn zu revolutionieren.

Vergangenheitspolitisch bedeutet das: Mehr als die gegenwärtige Umfunktionalisierung der deutschen Vergangenheit zu einem moralischen Kapital der Nachfahren und Parteigänger der Täter ist wohl nicht drin. Sie entspricht dem gegenwärtigen Interesse deutscher Staatspolitik. Wie offensiv auch die sich sonst eher radikal gebende linke Parteijugend in Thüringen das (gar nicht mehr so) neue deutsche Nationbuilding betreibt, zeigt sich an einer Posse im Vorfeld des 8. Mai, als u.a. Linksjugend und Jusos den Landtagspräsidenten Christian Carius (CDU) aufforderten, sich zum Terminus der Befreiung zu bekennen. Als Teil der moralisch geläuterten Büßergemeinde sollen auch die Konservativen sich heute auf die Seite der Sieger stellen und die geschichtliche Wahrheit vergessen machen, dass die Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit niemals befreit, sondern besiegt worden.

Hier und da bröckelt die Fassade des Büßers ohnehin schon und der Stahlhelm des deutschen Wesens tritt hervor. Schließlich unterwirft man

Griechenland nicht im Büßerhemd, das sich Schäuble und Merkel nur zu festen Ritualen anziehen und das nicht die gegenwärtige deutsche Hegemonieproduktion in der Eurozone gefährden darf. Wenn heute also die deutsche Bundesregierung die griechische Bevölkerung und ganz nebenbei, ihre gewählte (linke) Regierung in die Knie zwingt, dann hat all das freilich mit dem Vergangenen zu tun. Es ist der neue german way der Unterwerfung der Nachbarn, nicht mehr militärisch bei diesen einzufallen, sondern sie finanziell abhängig zu machen und früher oder später quasi auszuplündern. Dabei schüren beinahe alle großen deutschen Medien in einer gemeinsamen Kampagne gegen Griechenland den Hass deutscher Rentner und Arbeitnehmer auf griechische Rentner und Arbeitnehmer, um zu verdecken, dass das Problem seine Wurzeln zum einen in den Widersprüchlichkeiten kapitalistischer Vergesellschaftung und zum anderen im deutschen Expansionismus, heute eben zunächst wirtschaftlicher statt militärischer Natur, hat.



### Antifaschistische Geschichtspolitik ist antideutsch

Weil große Teile der deutschen Linken im Kampf um parlamentarische Einflusssphären vergessen haben, dass die Zerstörung Europas vor mehr als 70 Jahren und der Mord an den europäischen Juden die Handschrift deutscher Ideologie trug und es nach Auschwitz darum gehen müsste, dieser deutschen Ideologie und ihrer Praxis der Unterwerfung um der Unterwerfung willen das Handwerk zu legen;

deswegen nimmt auch die Gedenkpolitik dieser Linken Züge des leeren und kalten Vergessens an, selbst dort, wo man das Gegenteil behauptet. Eine antifaschistische Geschichtspolitik, die das Nachleben des Nationalsozialismus in den Blick nimmt, befördert an allen Stellen den Bruch mit Deutschland und seiner Ideologie, die im Gebaren „besorgter Bürger“ und der Unterwerfung Griechenlands durch die Bundesregierung und ihre Hofpresse immer wieder zum Durchbruch kommt. Antifaschistische Geschichtspolitik erinnert an die Erkenntnisse der Überlebenden, etwa der H.G. Adlers, der angesichts der Grauen der Lager konstatierte, Hitler und die Deutschen hätten „die ganze Welt zu einem einzigen Übel verdorben.“ Das gilt auch

für die heutige Gesellschaft, die, weil sie nicht ganz anders geworden ist, neue Verbrechen in Kauf nimmt. Antifaschistische Gedenkpolitik betreibt Aufklärung über die kapitalistische Zerstörung der Welt und die Möglichkeit ihres Zerfalls in ein faschistisches Barbarentum, das unter deutscher Regie nur das Schlimmste hervorgebracht hat. Im Jahr 70 nach der deutschen Niederlage mögen die sich geläutert gebenden Deutschen mit jener Kränkung ihren Frieden gemacht haben, während sie durch leeres Erinnern Auschwitz vergessen machen und durch wirtschaftliche Expansion deutsche Einflusssphären ausweiten. Für die radikale Linke sind das viele gute Gründe mit Deutschland keinen Frieden zu machen.

#### LITERATURTIPP: „DIE WIEDERGÜTWERDUNG DER DEUTSCHEN: ESSAYS UND POLEMIKEN“ VON EIKE GEISEL



Der Verdacht, daß es entgegen der verlautbarten Ziele beim strebsamen Interesse der Deutschen an ihrer Vergangenheit auf ganz andere Dinge ankam als auf Eingedenken und Aufklärung, dieser Verdacht wäre nicht so allgemein und kaum der Rede wert, wäre nicht gerade ein Großteil der Linken, die es doch einmal besser wußten, so eifrig mit von der Partie gewesen“, schrieb einst Eike Geisel in seinem Essay Gleichschaltung der Erinnerung, das in einem seiner drei im Tiamat-Verlag veröffentlichten Essaybände erschienen ist. Diese Motive des Interesses der Deutschen an ihrer Vergangenheit in Frage stellend und kritisierend, sowie auch die Rolle der Linken dabei, „dass Erinnerung in Deutschland die höchste Form des Vergessens darstellt“, umtrieben das Denken und die publizistischen Tätigkeiten von Geisel. Die Essaybände, in denen seine polemische und überaus eloquent formulierte Kritik nachzulesen ist, sind leider nur noch antiquarisch zu erhalten. Zum 70. Geburtstag des

1997 verstorbenen Ideologiekritikers - der vor allem wohl wegen seiner scharfen und treffenden Kritik an der deutschen Linken auch als Antideutscher bezeichnet wird, worauf er ironisch zu erwidern wusste: „Some of my best friends are Germans“ - brachte nun aber Klaus Bittermann einen Nachlaßband mit 21 seiner Texte aus den Jahren 1990 bis 1995 heraus. Trotzdem die meisten seiner Texte einen Bezug zur Tagesaktualität aufweisen, sind sie auch über 20 Jahre später noch hoch aktuell und zur Lektüre zu empfehlen. Der erschienene Band „versammelt Geisels große essayistische Arbeiten wie über den Antisemitismus des »anderen Deutschland« und den Mythos vom Widerstand des 20. Juli.“ (edition TIAMAT)

edition TIAMAT  
Berlin, März 2015

464 Seiten, ISBN: 9783893201976

Bezug über: [WWW.EDITION-TIAMAT.DE](http://WWW.EDITION-TIAMAT.DE)

#### VOM TAG DER BEFREIUNG UND WIE TÄTER ZU OPFERN WERDEN

Zum 70. Mal jährte sich dieses Jahr der Tag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus. In vielen Städten in ganz Europa gab es aus diesem Grund eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, so auch in der thüringischen Kleinstadt Suhl.

#### Gedenkveranstaltung am sowjetischen Ehrenmal

Der Oberbürgermeister von Suhl, Dr. Jens Triebel, hatte an diesem Tag gleich zu zwei größeren Gedenkveranstaltungen geladen. Ab 11 Uhr fand das erste Gedenken am sowjetischen Ehrenmal, erbaut in den Jahren 1970 bis 1971, im Wohngebiet Aue II statt. Das Denkmal mit der Inschrift „Ehre den ruhmreichen Helden der Sowjetarmee - Dank den Völkern der Sowjetunion“ in der Würzburger Straße, zu DDR-Zeiten noch Straße der deutsch-sowjetischen Freundschaft, war gut besucht. Rund 80 Teilnehmer\*innen fanden sich ein, darunter auch Vertreter\*innen der seit 1969 russischen Partnerstadt Kaluga und Schüler\*innen des Gymnasiums.

#### Subl etwa sinnlos bombardiert? - Gedenken auf dem Subler Hauptfriedhof

Ab 15 Uhr fand dann die zweite Gedenkveranstaltung auf dem Suhler Hauptfriedhof statt. Mit einem Rundgang wolle man an alle Opfer des Zweiten Weltkrieges erinnern, so hieß es in der Eröffnungsrede des Oberbürgermeisters an der Gedenkstele für die Opfer beider Weltkriege und machte dabei auch nicht Halt, Vertreter\*innen des Bundes der Vertriebenen (BdV) persönlich in seiner Rede zu begrüßen. Die erste Station des Rundganges waren dreißig verwilderte Gräber für zivile Opfer eines Bombenangriffs auf die Siedlung „Am fröhlichen Mann“ vom 26. März 1945 um 15:15 Uhr durch amerikanische Tiefflieger. Dort brachte Gerd Manig die Nivellierung zwischen Opfern und Tätern auf den Punkt. Manig, seines Zeichens Buchautor unter anderem der Suhler Reihe „Archivbilder“, zeigte sich bestürzt über diesen „sinnlosen“ Bombenangriff auf Suhl und verlas die Namen der „Opfer“. Als „grundlos und ohne strategischen Hintergrund“ bezeichnete Manig

die Zerstörung von Häusern in Suhl beim Einmarsch der amerikanischen Truppen am 3. April 1945 und den Folgetagen.

Direkt neben diesen Gräbern befand sich auch schon die nächste Station, ein Gedenkstein für italienische Zwangsarbeiter\*innen aus dem Jahre 1994, die in Suhl während des Nationalsozialismus umgekommen sind. An dieser Station verlas die Leiterin des Suhler Stadtarchivs, Andrea Walther, die Namen der getöteten Zwangsarbeiter\*innen.

Im unteren Bereich des Hauptfriedhofes befinden sich zwölf Grabstätten für gefallene Wehrmachtssoldaten. Diese sind nicht zu übersehen: Große schwarze Holzkreuze, mit Name und Rang der gefallenen deutschen Soldaten, Stahlhelmverzierung und Verdienste im Zweiten Weltkrieg sind schon von weitem gut zu erkennen. Hier verlas der Leiter des Waffenmuseums, Peter Arfmann, an der vorletzten Station die Namen der gefallenen Soldaten und würdigte ihr Andenken. Er erzählte hier und da eine kurze Anekdote, bezeichnete die alliierten Bombenangriffe auf Bremen als Terrorangriffe und auch er war sich nicht zu schade, nochmals zu betonen, dass auch das Gedenken an die „deutschen Opfer“ große Bedeutung für die Nachfolgeneration hätte und auch diese „Opfer“ nicht vergessen werden dürften.



Peter Arfmann an zwölf Gräbern deutscher Wehrmachtssoldaten auf dem Hauptfriedhof

Anzeige

**Mitglied werden & unterstützen!**



**VVN-BdA**  
**Thüringen**

<http://thueringen.vvn-bda.de>

### Geschichtliche Einordnung der Waffenstadt Suhl

Das die selbsternannte Waffenstadt Suhl eben nicht jene unschuldige Stadt war und maßgeblich vom Krieg profitierte, möchten wir an einigen ausgewählten Beispielen skizzieren.

Auch in Suhl brannte die in den Jahren 1904 bis 1906 erbaute jüdische Synagoge zur Reichspogromnacht am Morgen des 10. Novembers 1938. Die Synagoge in der einstigen Hohenlohestraße 13 wurde dabei vollständig zerstört. Im September 1942 wurden die letzten Juden und Jüdinnen aus Suhl deportiert. Darunter auch Max



Suhl im Nationalsozialismus – v.l.n.r.: Brennende Synagoge am Morgen des 10. Novembers 1938 in Suhl; Ausgebrannte Synagoge in Suhl; Webende Hakenkreuzfabriken am 1. Mai 1934 zum „Tag der nationalen Arbeit“ in Suhl

Friedmann aus Heinrichs, er wurde gehunfähig geschlagen und auf einen Karren zur Sammelstelle zur Deportation in der Hohenlohestraße gebracht. Dabei musste er ein Schild mit der Aufschrift „Die letzten Juden verlassen Suhl!“ um den Hals tragen.

Auf dem Lautenberg befand sich ein großes Lager für den Reichsarbeitsdienst (RAD), einer Organisation im Dritten Reich. Ab Juni 1935 musste jeder junge Mann Reichsarbeitsdienst leisten, dieser umfasste eine sechsmonatige Arbeitspflicht, die zur Vorbereitung auf den Wehrdienst diente. Später mussten diesen Dienst auch junge Frauen ableisten. Im späteren Kriegsverlauf übernahm der RAD auch eine militärische Grundausbildung am Gewehr. Darüber hinaus befand sich in Suhl eine Fliegerschule zur Ausbildung von Piloten. Neben diesen Einrichtungen spielte Suhl eine große Rolle in der Rüstungs- und Waffenindustrie.

In Suhl gab es u.a. Rüstungsfabriken der Firmen Merkel Jagd- und Sportwaffen, Krieghoff, J. P. Sauer & Sohn, Schmeisser, C. G. Haenel und Gustloff. Ab 1934 befanden sich zehn Firmen in der Vereinigung mit dem Namen „Vereinigte Suhl-Zella-Mehlisser Waffenfabriken“. Die Firma Haenel produzierte bis 1943 rund 10.000 des Maschinenkarabiners „MP43“, ab April 1944 „Sturmgewehr 44“. In der Firma Sauer & Sohn wurden Karabiner der Marke „Karabiner 98k“ hergestellt.

Das „Sturmgewehr 44“ wurde bis Ende des Krieges 424.000 Mal in Suhl gebaut. Für die Rüstungsindustrie wurden in Suhl bis zu 8.500 Zwangsarbeiter\*innen aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Belgien, Italien, den Niederlanden und der Tschechoslowakei eingesetzt, 150 von ihnen überlebten diese Zwangsarbeit nicht.

Bereits 1933 wurden jüdische Firmen durch die Arisierung enteignet, so auch die Firma Simson. Diese ging in die Wilhelm-Gustloff-Stiftung über, ab 1939 trug sie den Namen „Gustloff-Werke - Waffenwerk Suhl“. 1940 lag der Umsatz mit Militärwaffen bei etwa 43 Millionen Reichsmark. Allein hier wurden im Jahr 1944 fast 62.000 Exemplare des MG42 hergestellt. In den Gustloff-Werken in Suhl wurde rund ein Viertel der gesamten Produktion an Maschinengewehren für die Front im ganzen Dritten Reich produziert. Darüber hinaus produzierte Krieghoff von 1934 bis 1945 rund 13850 Pistolen des Modells 08.

### Letzte Kriegstage

Bereits am 1. April 1945 erreichten Truppen der 3. US-Armee unter George S. Patton Thüringen. Am 3. April 1945 gegen 8:30 Uhr drangen amerikanische Einheiten der 4. Panzerdivision über den Sehmar in Richtung Stadtmitte vor. Schon am Sehmar gab es erbitterten Widerstand durch den Volkssturm und Wehrmachtangehörige. Am Marktplatz leisteten Schüler der Fliegerschule aus den Fenstern der Adler-Apotheke ebenfalls Widerstand. Bei den Kampfhandlungen in Suhl kamen 16 Zivilisten und 45 Bewaffnete ums Leben. Der NSDAP-Bürgermeisters Adolf König wurde dabei ebenfalls verletzt und verstarb. Am 4. April 1945 wurde König durch den provisorischen Bürgermeister Sethe ersetzt. Dieser machte am gleichen Tag bekannt, dass wenn die Stadt Suhl weiter Widerstand leistete, diese restlos zerstört werde. Es wurde ein Produktionsverbot für Waffenfabriken und eine Ausgangssperre von 48 Stunden ausgerufen.

### Gedenken an die eigentlichen Opfer des Krieges

Das sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, wie Suhl vom Krieg maßgeblich profitierte und wie sehr Suhl Teil der deutschen Rüstungsindustrie war. Nun zurück zum Gedenken auf dem Suhler Hauptfriedhof. Am Ende des Rundganges gab es dann doch noch einen kleinen Lichtblick. Elke Pudszuhn vom VVN-BdA gedachte an der Gedenkstätte für die antifaschistischen Wi-

derstandskämpfer den eigentlichen Opfern des Nationalsozialismus, jenen, die sich der Volksgemeinschaft widersetzen und die völlig zurecht den 8. Mai als Tag der Befreiung begehen. Neben der antifaschistischen Friedberggruppe aus Suhl gedachte sie allen Opfern, die durch Konzentrationslager und Vernichtungskrieg ums Leben kamen und verlas Auszüge des Schwures von Buchenwald:

„... Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig...“



Elke Pudszuhn vom VVN-BdA hielt eine Rede an der Gedenkstätte für die antifaschistischen Widerstandskämpfer

### Deutsche Täter sind keine Opfer!

Im Nationalsozialismus wurden in Suhl tausende Zwangsarbeiter für die Rüstungsindustrie eingesetzt und tausende Waffen produziert. Die Synagoge wurde zur Reichspogromnacht zerstört, Juden und Jüdinnen und Widerstandskämpfer deportiert.

Gerade jene Gedenkstätten, wie die Gräber für Wehrmachtssoldaten auf dem Suhler Hauptfriedhof werden von Neonazis immer wieder als Pilgerstätten begriffen. Jedes Jahr finden an solchen Orten feierliche Kranzniederlegungen zum Volkstrauertag statt. Jene zivile Bevölkerung von Suhl während des Nationalsozialismus und jene deutsche Wehrmachtssoldaten hatten ihren maßgeblichen Anteil am Vernichtungskrieg und der Judenvernichtung, die nicht einige wenige wollten und durchführten, sondern die deutsche Volksgemeinschaft als Täterkollektiv, eben auch in Suhl.

In der vergangenen Ausgabe haben wir die Vorgeschichte zur nationalsozialistischen Machterlangung in Deutschland bzw. ganz konkret in Südthüringen thematisiert. In den Jahren zwischen der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 durch antifaschistische Kampfverbände aus der Arbeiterschaft bis zum Machtantritt Hitlers 1933 erlitt die deutsche Linke ihre schwerste Niederlage. Diese bestand nicht nur darin, der Machterlangung der Nationalsozialisten, u.a. durch innerlinke Grabenkämpfe, nichts entscheidendes mehr entgegenzusetzen zu können, sondern auch in der Tatsache, dass nicht geringe Teile der damaligen Arbeiterschaft zur NSDAP überliefen und statt einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung die Barbarei wählten. In dieser Ausgabe wird es um die erste Phase des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen das nationalsozialistische Deutschland gehen, um die Jahre von Hitlers Machtantritt 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939.

### *Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald*

In den industrialisierten Regionen des Thüringer Waldes lagen die Hochburgen der linken Arbeiterparteien und des antifaschistischen Widerstandes. Noch Anfang des Jahres 1933 waren die Betriebs-, Stadt- und Gemeinderäte etwa um Suhl eher durch KPD und SPD dominiert als durch die NSDAP. Trotzdem kam es auch hier nicht zu dem von der KPD ins Auge gefassten Generalstreik gegen Hitlers Machtübernahme und hierin liegt der wohl sichtbarste Unterschied zur Situation von 1920 und 1923. 1933 gab es eben keinen Staatsstreich, keinen Putsch, sondern eine demokratisch eingeleitete Machtübernahme durch eine Bewegung, die tatsächlich die Mehrheit der Deutschen hinter sich versammelte. Die gesplante Linke hatte dem nichts mehr entgegenzusetzen können.

Trotzdem: Der Versuch war da – zumindest in den genannten industrialisierten Revieren im Thüringer Wald. In der Nacht nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, also vom 30. zum 31. Januar 1933, vor Beginn der Frühlicht, verteilten Arbeiter vor den Werktoen, u.a. der Simson-Werke, Handzettel mit Aufrufen zum Generalstreik – leider vergeblich. Der Großteil der Belegschaft nahm die Arbeit auf. Trotzdem kam es am 1. Februar 1933 auf dem Sühler Marktplatz zu einer antifaschistischen Protestkundgebung von ca. 2.000 Menschen aus den Betrieben der Stadt und des Umlandes. Weitere Kundgebungen fanden in Zella-Mehlis

(ca. 400 Teilnehmer) und Sonneberg statt. Sie konnten die Entwicklung nicht aufhalten. Ab 2. Februar waren per Landespolizeiverordnung ohnehin alle Versammlungen der KPD unter freiem Himmel verboten.

### *Die erste Phase des Widerstandes*

An der ersten Widerstandsphase zwischen 1933 und 1938/39, also von der Machterlangung der NSDAP bis zum Kriegsausbruch bzw. dessen unmittelbaren Vorläufern, beteiligten sich vor allem die schon seit Jahrzehnten erklärten Gegner des Faschismus: Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten und Gewerkschafter. Von der NS-Terrorwelle überrollt, wurden zumindest hier und da an der sozialdemokratischen und kommunistischen Basis, wo sie eine antifaschistische war, die Gräben zugeschüttet. Im Widerstand hatte man kaum eine andere Wahl. Vertrauen und Verlässlichkeit spielten im Widerstand eine große Rolle. Trotzdem kam es immer wieder zu Bespitzelung und Verrat.

Der Historiker Gerd Kaiser beschreibt die soziale Zusammensetzung des Widerstandes in unserer Region als Aktivitäten von i.d.R. politisch gebildeten und aktiven, beruflich erfahrenen Arbeitern, die zum Teil auf jahrzehntelange Erfahrungen in politischen Parteien und Strömungen der Arbeiterbewegung zurückblicken können. Diese erste Phase des Widerstandes war also dominiert durch ein gut gebildetes und aufgeklärtes Industriearbeiterklientel im Alter

zwischen Mitte 30 bis Mitte 60 und hatte ihre Zentren in den Orten mit Großbetrieben der Metall- und Waffenindustrie, der Glas- und Porzellanindustrie, aber auch – etwa im Raum Sonneberg – in Mittel-, Klein- und Handwerksbetrieben, etwa der Spielzeugfertigung.



Hochburgen der Thüringer Faschisten waren unter anderem die Universitätsstädte, wo sich Burschenschafter und andere Studentenverbindungen in Scharen der NSDAP anschlossen. Zudem war die NSDAP dort stark, wo Landarbeiter, Mittelstand, Beamte und Kleinbürgertum dominierten, etwa in Meiningen, Schleusingen oder Hildburghausen.

Anfang des Jahres 1933 wurde die KPD sukzessiv durch Betätigungsverbot und den Einzug des Parteivermögens außer Gefecht gesetzt, Vereine und Organisationen der Arbeiterbewegung wurden verboten, Funktionäre wurden verhaftet und in die ersten Konzentrationslager gesteckt. Die Parteiarbeit wurde an vielen Orten und auch im Südthüringer Raum in der Illegalität fortgesetzt. Diejenigen, die sich widersetzten,

blieben aber stets eine Minderheit, die zusammenschumpfte mit jedem Jahr der Repression und die Rückschläge erlitt mit jedem ehemaligen Funktionär aus der Arbeiterbewegung, der sich den Nazis andiente oder sogar Verrat übte. Vielfach zogen sich einstmalige Anhänger der Arbeiterbewegung ins Private zurück, wo sie nicht gleich zu den Faschisten überliefen.

### *Widerstand überlebte in Splittergruppen*

Die Widerstandsgruppen in Südthüringen überlebten und betätigten sich zunächst vor allem als Splittergruppen. Diese Widerstandsgruppen sahen sich immer wieder mit größeren und kleineren Verhaftungswellen und Prozessen konfrontiert, ihre Akteure saßen oft wiederholt und für viele Jahre in Gefängnissen. Alles in allem lässt sich sagen: KPD und SPD waren, anders als die Anarchisten der Region, die sich seit 1930 sukzessiv für die Illegalität wappneten, auf das Überleben und Kämpfen in der Illegalität miserabel vorbereitet, sodass die Repressionen der ersten Jahre durchaus Wirkung zeigten. Zwar hatte es zu Anfang der 30er Jahre bei der KPD Lehrgänge über die illegale Arbeit gegeben. Deren Nutzen fiel aber am Ende gering aus. Über die Jahre des Widerstandes hinweg, gelang es den Nationalsozialisten immer wieder, Widerstandsstrukturen zu zerschlagen. Die Repressionen verliefen auch deswegen so wirkungsvoll – und das darf nicht vergessen werden –, weil die deutsche Beamtenschaft, allen voran Polizei und Justiz sich ohne zu zögern oder schon während der Weimarer Republik dem Naziregime anschlossen und zur Verfügung stellten. Viele, die in den ersten Jahren Widerstand leisteten, stellten nach den ersten Verhaftungswellen ihre Aktivitäten ein. Andere betätigten sich auch nach dem Absitzen von Haftstrafen, nach Folter und Misshandlungen immer wieder im Widerstand.

Im Jahr 1933 verfügte die KPD noch über ein sich über weite Teile Thüringens erstreckendes Netz aus Aktivisten, das sogar bis Oktober eine illegale Zeitschrift, das „Thüringer Volksblatt“, herausgab. Jenes Netz wurde durch die Arbeit eines Gestapo-Spitzels im engeren Kreis der

illegalen KPD-Leitung zerschlagen: Erich Thiemme. Unter anderem Thiemes Verrat verdankten es die Nationalsozialisten, dass die Gestapo bis November 1933 in Thüringen 8.000 Mitglieder der KPD verhaften konnte.

Die ersten flächendeckenden Verhaftungen von KPD-Mandats- und Funktionsträgern in unserer Region gab es im Landkreis Hildburghausen schon am 28. Februar und 1. März 1933 auf Anordnung des Landrates. Am 3. März kam es zur öffentlichen Verbrennung von Eigentum des Arbeiter-Central-Vereins in Albrechts (Bücher, Noten, Instrumente, etc.), in dem sich verschiedene Arbeitervereine zusammengeschlossen hatten. Zu solchen Aktionen kam es in der Folgezeit an ungezählten Orten. In den ersten Monaten nach der Machterlangung der Nationalsozialisten ging man mit Polizei, SA und SS gegen Arbeiterquartiere, gegen Strukturen von Sozialdemokraten und Kommunisten mit äußerster Härte vor. Die kommunistischen Abgeordneten von Zella-Mehlis wurden im März 1933, nach den letzten freien Wahlen, in das Zuchthaus Untermaßfeld gebracht, wo sich bis Mitte März 34 „Schutzhäftlinge“ aus dem Kreis Meinungen befanden. Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes saßen wegen Weiterbetätigung mehrere Monate vom 9. August 1933 bis zu ihrer Verurteilung am 30. Januar 1934 in Untersuchungshaft im Polizeigefängnis im Rathaus Zella-Mehlis. Sie wurden am Ende wegen des Verkaufs von Beitragsmarken – mehr konnte man ihnen nicht nachweisen – zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 16 Monaten verurteilt. Weitere Männer und Frauen, die potentiell Widerstand hätten leisten können, wurden in die ersten wilden Sammellager und frühen KZs der Anfangsjahre in Nohra und Bad Sulza verbracht. Die Gefangenen warteten dort auf die ersten sogenannten Hochverratsprozesse und die anschließende Verlegung in reguläre Haftanstalten.

Im früh errichteten KZ Bad Sulza befanden sich Ende des Jahres 1933 insgesamt 121 Männer und Frauen aus dem Arbeiterwiderstand im Thüringer Wald und der Vorderen Rhön. Sie kamen u.a. aus Geschwenda, Gräfenroda, Hildburghausen, Ilmenau, Katzhütte, Scheibelsbach, Sonneberg, Steinheid, Unterkatz und

Zella-Mehlis. In den ersten Prozessen vor dem OLG Jena um den Jahreswechsel 1933/34 herum wurden allein 31 Antifaschisten aus der Region um Suhl verurteilt. Noch im Jahr 1935 berichtete der Generalstaatsanwalt Thüringens von 785 politischen Häftlingen in Thüringer Gefängnissen. Im Folgejahr 1936 verhaftete die Gestapo wegen antifaschistischer Betätigung 344 Menschen. Reichsweit waren es mehr als 13.000.

Einer der ersten von den Nationalsozialisten ermordeten Antifaschisten aus unserer Region war der Sozialdemokrat und ehemalige März-kämpfer Ludwig Pappenheim aus Schmalkalden, der einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammte. Pappenheim wurde am 25. März 1933 verhaftet, durchlief verschiedene Haftanstalten und wurde schließlich ins KZ-System der Moorlager im Emsland verschleppt. Dort erschoss man ihn am 4. Januar 1934. Seit 2005 erinnert die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel an Pappenheim. Von 1945 bis 1990 hieß ihm zu Ehren Kleinschmalkalden Pappenheim.

### Widerstandshandlungen und -gruppen

Die Widerstandshandlungen, die durch die verschiedenen Gruppen organisiert wurden, waren vielfältig. Sie reichten von passivem Widerstand durch Nichtmitgliedschaft in NS-Massenorganisationen oder Entziehung von Dienstverpflichtungen bis hin zu aktiver Intervention über illegale Flugschriften, Aufklärung der Bevölkerung und zu Kriegsbeginn Sabotagen in den Rüstungsbetrieben. Diese Arbeit wurde u.a. durch illegal weiter arbeitende Parteistrukturen ermöglicht, die Gelder und Infrastruktur sammelten und bereitstellten. Die illegale Parteiarbeit der KPD in der Region um den Thüringer Wald organisierte bis April 1934 Walter Molle, der mit Hilfe von Willy Zimmermann aus Albrechts in Suhl und mit Hilfe von Hans und Else Raßmann in Zella-Mehlis illegale Betriebszellen der Partei aufrecht erhielt. Molle wurde im April 1934 verhaftet und blieb bis zu seiner Befreiung 1945 durch die Alliierten in Haft. Er durchlief zahlreiche KZs der nationalsozialistischen Terrorwelt.

Der angesprochene Willy Zimmermann organisierte mit Alfred Schlegelmilch eine der frühen illegalen Widerstandsgruppen im Simsonwerk. Die Gruppe unterhielt über ihre Mitglieder Kontakte in die umliegenden Industriearbeiterdörfer, verteilte in der Belegschaft Flugblätter und Zeitschriften, wie die „Rote Fahne“ und das „Thüringer Volksblatt“ und versuchte so die Belegschaft gegen die nationalsozialistische Führung aufzubringen.

Im Ilm-Kreis organisierte der kommunistische Glasmacher Rudolf Hermann aus Großbreitenbach eine frühe Widerstandsgruppe, die aufflog, worauf Hermann 1934 mit 36 anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten vor dem OLG Jena zu Haftstrafen im Zuchthaus Untermaßfeld verurteilt wurde und später wegen Wiederbetätigung im Widerstand von 1944 bis zur Befreiung am 11. April 1945 im KZ Buchenwald interniert wurde. Hermann erlebte die Befreiung durch den Häftlingsaufstand, den die heranrückenden Amerikaner ermöglichten. Später wurde er Bürgermeister Großbreitenbachs. Einige Jahre nach der Gründung der Gruppe um Hermann, etwa in den Jahren 1936/37, gründete sich im heutigen Ilm-Kreis die Widerstandsgruppe um Karl Zink und Georg Link aus Ilmenau, eine der größten Widerstandsgruppen in unserer Region. Zeitweise sollen bis zu 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Region dort organisiert gewesen sein. Die Gruppe sammelte und verteilte Geld, um die illegale Arbeit und die Familien Verfolgter zu unterstützen. Nach den Erinnerungen von Georg Link verfasste die Gruppe Flugblätter, die sie zunächst in Höfen und an belebten Straßen ablegte. Später als stabile Verbindungen durch Vertrauensleute in Betriebe geschaffen worden, verlagerte sich die Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und Krieg dorthin. Die Gruppe ist nach Karl Zink benannt, einem 1910 in Zella-Mehlis geborenen Eisen dreher, der bei KPD, Roter Hilfe sowie im Arbeitersport aktiv war und sich seit Anfang der 30er Jahre gegen die faschistischen Tendenzen engagierte. Er organisierte die weithin vernetzte Widerstandsgruppe und war neben Georg Link der einzige, der alle Vertrauensleute kannte. 1935 wurde Zink zum ersten Mal zusammen

mit weiteren 15 Antifaschisten verhaftet und zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Er durchlief mehrere Knäste und KZs. Nach seiner Haft betätigte er sich wieder mit seiner Gruppe im Widerstand. Zink gab in der Region Arnstadt-Ilmenau-Zella-Mehlis eine Folge regelmäßiger Flugschriften unter dem Namen „Antifa“ heraus. Er wurde am 1. September 1939, dem Tag an dem die Wehrmacht mit ihrem Einmarsch in Polen den Zweiten Weltkrieg begann, an seinem Arbeitsplatz in Ilmenau verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und am 6. September 1940 in Berlin-Plötzensee ermordet. Auch sein Bruder Walter überlebte die NS-Haft nicht. Heute erinnert in Ilmenau ein Denkmal und eine nach ihm benannte Straße an den Widerstandskämpfer Karl Zink. Weitere Mitglieder der Widerstandsgruppe waren Arno Geißler (Ilmenau, KPD), der mehrere KZs durchlief, u.a. Buchenwald und 1950 an den Spätfolgen der Misshandlungen starb; Max Kessel (Goldlauter, KPD), mehrjährige Haft, Folter und Strafkolonie, überlebte; Georg Link (Manebach, KPD), durchlief auch mehrere Strafanstalten, u.a. Buchenwald, wurde mehrfach gefoltert und über-



Denkmal für den antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Zink in Ilmenau

lebte, Kurt Rauch (Stützerbach), verurteilter Widerstandskämpfer, in Buchenwald ermordet; außerdem: Fritz Schörnig (Arnstadt), Max Bühl (Großbreitenbach), Franz und Otto Oehmus (Pennewitz), Louis Senglaub (Elgersburg), Otto Hellmann (Geschwenda), uvw.

Dem Sozialdemokraten Theo Gundermann aus Sonneberg gelang es, Kontakte zu den sozialdemokratischen und kommunistischen Emigrationszentren in Prag zu halten und über diesen Weg illegale Druckerzeugnisse in den Thüringer Wald zu schaffen und zu verteilen. Im Zusammenhang mit der Verbreitung solcher illegaler Schriften verhängte das OLG Jena am 29. Juni 1936 Freiheitsstrafen gegen Mitglieder einer Widerstandsgruppe aus Möhrenbach, Langewiesen und Gehren. Der Bauarbeiter Walter Heinze aus Gehren erlebte die Befreiung im KZ Buchenwald.

Es mag banal klingen, wenn hier von geschmuggelten und verteilten Flugblättern als Widerstandshandlungen die Rede ist. Banal ist das ganz und gar nicht. Die nationalsozialistische Gleichschaltung hatte alle Printmedien unter Kontrolle, Fernseher gab es noch nicht und empfangsstarke Rundfunkgeräte, die Auslandssendungen empfangen könnten, waren in Arbeiterhaushalten nicht zu finden bzw. waren erst später verbreitet und die Auslandssender wurden vom Regime gestört. Für Informationen über das wirkliche Ausmaß der nationalsozialistischen Herrschaft und über Weisungen aus kommunistischen Führungsgremien und Emigrationszentren waren diese geschmuggelten Druckschriften also von großer Bedeutung und den Herrschenden ein Dorn im Auge.

### Verlust an Rückhalt

In dieser Zeit, den ersten Jahren des Nazi-regimes, verlor der antifaschistische Widerstand in Südthüringen immer stärker an Rückhalt. Das hatte, folgt man Gerd Kaiser, vorrangig zwei Gründe. Erstens: Die soziale Demagogie der Nazis entfaltete ihre Wirkung, weil zweitens die Arbeitslosigkeit durch staatliche Investitionsprogramme und Rüstungsaufträge zwischen 1933 und 1936/37 spürbar zurück ging. Da vor allem die Rüstungsindus-

trie in der Region des Thüringer Waldes, etwa im Gustloffwerk oder im „arisierten“ und von seinen jüdischen Gründern enteigneten Simson-Werk, das am 1. September 1934 die Automobilproduktion zu Gunsten der Rüstungsproduktion einstellte, besonders stark war, steigerte das auch hier die Zustimmung der Arbeiter für die Nationalsozialisten. Auf die einfache Idee, dass die steigenden Ausgaben für Infrastruktur und Rüstung den Krieg vorbereiteten, kam man entweder nicht oder war damit einverstanden. Weiterhin initiierten die Nationalsozialisten Wohnungsbauprogramme, etwa um Suhl auf dem Lautenberg und dem Friedberg. Die Nationalsozialisten stellten ihren Gefolgsleuten für die Suhler Raub- und Aufrüstungspolitik soziale Wohltaten in Aussicht und köderten Arbeiter mit Geldgeschenken. Nicht wenige ehemalige Funktionäre der Arbeiterbewegung machten mit dem NS-Regime ihren Frieden. Dabei machte der Thüringer NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel keinen Hehl daraus, dass die sozial-demagogische, antisemitische Raubpolitik des NS-Staates in den Krieg münden sollte. Er erklärte im Jahr 1935 auf einer Belegschaftsversammlung im ehemaligen Simson-Werk in Suhl: „Wir stehen hier auf erobertem Boden [...]. Ich will nicht nur Besitz ergreifen von den Gebäuden, Grund und Boden, Maschinen – ich will mehr [...]. In diesem Werk wollen wir ein Fanal gegen den Bolschewismus errichten [...]. Und so verkünde ich euch, daß ihr in diesem großen Betrieb die Waffen herstellen sollt, die im großen Ringen der Welt sich bewähren und die Entscheidung bringen müssen.“

Gerd Kaiser resümiert über die erste Phase des Widerstandes: „Exzessiver Terror, kreatürliche Angst vor möglichen Folgen einer Teilnahme am antifaschistischen Widerstand, Verrat an Überzeugungen, Personen und von illegalen antifaschistischen Strukturen durch bisherige Funktionsträger verschiedener politischer Strömungen der organisierten Arbeiterbewegung, soziale Demagogie, Überwindung der Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der systematisch betriebenen Aufrüstung sowie außenpolitische Erfolge des NS-Regimes, hatten – korrespondierend mit Denunziationen durch Anhänger der NSDAP, ihrer Gliederungen und örtlichen Amtsträger, zur Folge, dass sich der organisierte Widerstand in seiner ersten Phase zwischen 1933 und 1938/39 quantitativ abschwächte.“

### Falsche Analysen und Entscheidungen der kommunistischen Bewegung

Ein Ursachenkomplex, der bei Kaiser und anderen lokalen Historikern systematisch unterbeleuchtet bleibt, ist der seit den 20er Jahren um sich greifende und längst zu einer Massenbewegung gewordene Antisemitismus, der an den Juden grundlos, durch pathische Projektion neben den Schattenseiten des modernen Kapitalismus auch seine Errungenschaften verfolgte und an die offene Herrschaft der Gewalt und des Terrors preisgab. Hierin liegt ein nicht nur von Kaiser stellenweise reproduziertes, sondern auch von der illegalen KPD geteiltes, vollkommen falsches Verständnis des Faschismus, das sich in der Faschismus-These von Georgi Dimitroff, 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen vorgestellt, zuspitzt. Dimitroff vertrat die These, der Faschismus an der Macht sei „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Jetzt ist einerseits sicher nicht von der Hand zu weisen, dass große Teile des deutschen Kapitals Hitler wollten und unterstützten. Andererseits – und hierin liegt die krachende Leerstelle der Dimitroff-These – der Nationalsozialismus hätte niemals diese Macht entfaltet, wäre er nicht von einer Massenbewegung getragen worden, die im ideologischen Kern eine antisemitische war, d.h. eine, die die Negativfolgen der kapitalistischen Vergesellschaftung auf die abstrakten Elemente des Wirtschaftswesens, also jenes Finanzkapital projizierte und in den Juden zu verfolgen suchte. Der Nationalsozialismus war keine Diktatur einer reaktionären Elite über die Mehrheit der kleinen Leute, sondern eine von der Mehrheit der kleinen Leute gewollte Revolte gegen die Aufklärung, gegen Kosmopolitismus und eine solidarische und offene Gesellschaft. Wäre das mehr antifaschistischen Akteuren damals klar gewesen, wären sie vielleicht hier und da nicht in offene Messer gelaufen, wenn sie sich regimekritisch gegenüber Kollegen geäußert und diese bei bestimmten

Aktionen ins Vertrauen gezogen hätten und sie hätten vorhandene Strategien grundlegend überdenken können. Die deutsche Volksgemeinschaft, gegen die sich der Widerstand letztlich zu stemmen hatten, war keine von den Nazis übertölpelte Masse, der die Beweggründe deutscher Politik unklar waren, sondern die deutsche Volksgemeinschaft wollte den Krieg und die Vernichtung.



„Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid!“ – Antisemitisches Kinderbuch aus dem Jahr 1936 – Der Antisemitismus gehörte zum Wesenskern nationalsozialistischen Massenbewusstseins, was auch in der Erziehung zum Tragen kam

Zusammenfassend zur ersten Phase des Widerstandes lässt sich festhalten, dass die in unserer Region durchaus vorhandenen Widerstandsgruppen nie eine Gegenbewegung entfalten konnten, die das Regime ernsthaft im Bedrängnis hätte bringen können. Das schmälert die Leistungen und Absichten des Widerstandes in keiner Weise. Ganz im Gegenteil: In dem Wissen, dass jede ihrer Taten beim Auffliegen schlimmste Konsequenzen nach sich ziehen konnten, bewiesen die Widerstandskämpfer vor allem eines: Es war möglich, aber die Mehrheit der Deutschen wollte den Krieg, Hitler und die Vernichtung.

Im dritten und letzten Teil unserer Reihe zur Geschichte des Widerstandes in Südthüringen wird es um die zweite Phase des Widerstandes gehen, jene Jahre vom Kriegsbeginn bis zur deutschen Niederlage.

Seit Sommer 2014 existiert auf dem Suhler Friedberg eine Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, die als vorübergehende Außenstelle der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg für die nächsten fünf Jahre gedacht ist und zu deren Entlastung dienen sollte. Mittlerweile leben dort etwa 1800 Menschen (Stand: August 2015) in zwei Blöcken – der dritte Block wurde eröffnet und die oberen Etagen bezogen, ohne das dieser komplett fertig gestellt wurde –, die nach Angaben der Stadt für höchstens 1200 Menschen ausgelegt sind. Die Zustände dort sind katastrophal.

Für Flüchtlinge ist die Erstaufnahmeeinrichtung dabei die erste Anlaufstelle in den Bundesländern, auf die sie verteilt werden. Von hier aus können sie ihren Asylantrag stellen und sollen binnen weniger Wochen in andere Städte weiter geleitet werden. Bis letztes Jahr gab es eine zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Thüringen, von der aus dies geleistet werden sollte, nämlich in Eisenberg. Angesichts der steigenden Zahlen von Geflüchteten erreichte diese aber 2014 ihre Kapazitätsgrenze und zum Zwecke der Entlastung wurde eben jene Erstaufnahmestelle auf dem Friedberg in Suhl eingerichtet. Hier bezogen Anfang Juli 2014 etwa 100 Asylsuchende den ersten Block der ehemaligen Offiziersschule der DDR.

Die ersten Reaktionen folgten prompt. Neonazis hetzten von Anfang an gegen die auf dem Friedberg untergebrachten Flüchtlinge, veranstalteten bereits am 16. Juli, keine zwei Wochen nach Inbetriebnahme, eine Kundgebung in unmittelbarer Nähe<sup>1</sup> und verteilten Flyer mit rassistischem Inhalt in der Suhler Innenstadt. Auch der erste Angriff auf das Flüchtlingsheim ließ nicht lange auf sich warten. Anfang August des Jahres 2014 schmissen Unbekannte die Scheiben der Gemeinschaftsküche ein und versuchten einen Lichtmast vor dem Flüchtlingsheim auf den Friedberg in Brand zu stecken.<sup>2</sup>

Neben der Hetze der Neonazis gibt es freilich auch die obligatorischen besorgten Bürger in Suhl, die sich Sorgen machen um einen Anstieg der Kriminalitätsrate und was der rassistische Bürger eben sonst noch in der Person des Ausländers abzuspalten weiß.

1 Vgl. online unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=649>

2 Vgl. online unter: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=653>

### Umzäunung geplant

Der Sorge der Bürger und Ladenbesitzer in Suhl wusste man von Seiten der Stadt zu begegnen mit dem Vorschlag die Flüchtlingsunterkunft zum Zwecke der Prävention von Landeiebstählen zu umzäunen. Man müsse die Ängste der Bürger ernst nehmen; „Wir dürfen die Mitte der Gesellschaft nicht verlieren“, hieß es etwa vom Präsidenten des Landesverwaltungsamtes Frank Roßner in diesem Zusammenhang.<sup>3</sup> Die Unterkunft sei durch die Umzäunung dabei nur noch über Schleusen zu begehen, in denen die Flüchtlinge nach möglichem Diebesgut durchsucht werden können. Perfiderweise wird hier auch mit der Sicherheit der Flüchtlinge argumentiert, schließlich würde ein Zaun auch vor Angriffen von Außen schützen und auch Kinder liefern so nicht mehr Gefahr in einen Verkehrsunfall auf der benachbarten Hauptstraße verwickelt zu werden. Dass es hier weniger um die tatsächliche Erfassung von Dieben geht und auch der Schutz der Flüchtlinge freilich nur vorgeschoben wird, scheint auch den Verantwortlichen klar und offenbart sich imerede vom Abschreckungseffekt, mit dem eben jene mögliche „Reduzierung von Eigentumsdelikten“ geleistet werden soll.<sup>4</sup> Es gab auch Gegenstimmen aus dem Stadtrat, die betonten, dass ein solcher Zaun lediglich dazu beitrage, den Flüchtlingen das Gefühl zu geben, in einem Lager untergebracht zu sein. Dies allerdings markiert nur Einzelmeinungen, in der Mehrheit ist man sich wohl einig, dass das Wohlbefinden der Menschen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben hierher gekommen sind, keine Grundlage von Entscheidungen sein

3 Zitiert nach einem Artikel des Freien Wort vom 10. Juni 2015.

4 Vgl. ebd.

kann. Der CDU-Kreisvorsitzende Suhls, Marcus Kalkhake, begrüßte gar „die Äußerung der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilka Öney (SPD) zur Überarbeitung der Standards, welche zu attraktiv für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive sind“.<sup>5</sup> Welche attraktiven Standards dies seien sollen, bleibt angesichts der katastrophalen Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge in Suhl leben müssen, mehr als fraglich.

### Not welcome in Suhl

In der Unterkunft in der für 1200 Menschen Platz sein soll, leben derzeit etwa 1800 Menschen, damit ist sie restlos überfüllt. Auch die Einrichtung eines weiteren Blockes wird daran nichts ändern können. In den aktuell zwei Blöcken des Plattenbaus auf dem Friedberg schlafen mittlerweile Menschen auf Feldbetten in den Fluren, bürgerliche Initiativen zur Flüchtlingshilfe rufen zur Spende von Kissen, Decken, Matratzen etc. auf. Selbst an so elementaren Dingen scheint es zu mangeln. Der nötige Brandschutz kann nicht mehr gewährleistet werden und auch die hygienischen Bedingungen sind desolat – einer Etage stehen zwei Waschräume zur Verfügung, welche zum Teil mit Schimmel übersät sind, wie jüngst der MDR berichtete. Türen vor allen Zimmern gibt es schon lange nicht mehr. Privatsphäre ist hier nicht gegeben und auch keine akustische Abschirmung, was angesichts dessen, dass viele Menschen traumatisiert sind, die die Flucht nach Deutschland antraten, ein Problem darstellt, wie ein Bewohner dem MDR gegenüber berichtete. Dieser könne nachts nicht schlafen, weil er von Schreien anderer Bewohner wachgehalten werde. Dem Bericht ist außerdem zu entnehmen, dass die Menschen dort bis zu zwei Stunden an der Essensausgabe anstehen müssen und das was sie dann bekommen, sei oft zu wenig. Auch die Bearbeitung der Asylanträge dauere nicht wenige Wochen, sondern aktuell im Schnitt sechs Monate und belässt die Betroffenen für diese Zeit in der psychisch belastenden Situation der Unsicherheit und des Verbleibs in Übergangssituationen wie in Lagern in Suhl und anderswo. Wenn in diesem Zusammenhang dann

5 Vgl. online unter: <http://bit.ly/1DPGQnm>

von attraktiven Bedingungen für Geflüchtete die Rede ist, ist das nicht nur zynisch, sondern schlichtweg realitätsfremd.

### Ausblick

Die Stadt Suhl sieht sich mit der Situation überfordert und drohte zwischenzeitlich mit der Schließung der Flüchtlingsunterkunft. Damit baute sie Druck auf die Landesregierung auf, der die Lage in Suhl durchaus bekannt ist. Anfang August besuchte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) die Erstaufnahmestelle, um sich ein Bild von vor Ort machen zu können und konnte zu keinem anderen Urteil gelangen, als dass erhebliche Defizite bestünden, die dringenden Handlungsbedarf offenbaren. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die geplante Errichtung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen in Thüringen, etwa in Gera und Mühlhausen und auch die Errichtung von Containerdörfern ist mittlerweile im Gespräch. Außerdem verweist er auf die Zuständigkeit des Bundes. Dieser reagierte jüngst erst auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen mit einer erneuten Verschärfung des Asylrechts und will sich nun um die schnellere Abwicklung von Asylverfahren bemühen. Das aber ist freilich nicht misszuverstehen als ein Akt der Menschlichkeit. Wenn die Bundesregierung plant, die Asylanträge ohne erfolgreiche Aussicht auf Bewilligung priorisiert zu behandeln, dann eben mit dem Hintergrund möglichst schnell möglichst viele Menschen abschieben zu können.

Was die meisten Akteure also eint, ist ein Problemverständnis, das Flüchtlinge als Manövriermasse betrachtet, derer man wie auch immer Herr werden muss. Einen Gegenpol dazu stellen derzeit nur Initiativen dar, die versuchen in Form von Sachspenden, Begleitung von Behördengängen, etc. Hilfe zu leisten. Dies vermag zwar strukturell an dem Problem nichts ändern, kann aber zumindest die Situation von einzelnen Geflüchteten punktuell verbessern bzw. erleichtern und stellt angesichts der Ohnmacht, mit der auch die radikale Linke konfrontiert ist, eine der wenigen Handlungsmöglichkeiten dar, mit dieser Situation umzugehen.

## JEDEM LANDKREIS DIE NAZIS, DIE ER SICH VERDIEN'T HAT

**D**ass der Landkreis Hildburghausen mit seinen Dörfern und Kleinstädten an der bayerischen Grenze seit Jahren einen Nährboden für Neonazis bildet, kann nicht bestritten werden. Bereits vor einigen Jahren zogen Nazischlägerbanden um Frenck von Dorffest zu Kirmes und versuchten mit einer lokalen Wählervereinigung in der Kommunalpolitik Fuß zu fassen. Seit einiger Zeit kommt neben den bereits bestehenden Strukturen ein weiterer Schritt der Verankerung hinzu. Eine Erlebniswelt für Neonazis aller Couleur entwickelt sich im Landkreis. Angefangen von Festivals bis hin zu einer Immobilie, die Tommy Frenck in Kloster Veßra erwerben konnte und für seine Veranstaltungen regelmäßig nutzen kann.

### *Eine Dorfgemeinschaft bekommt Zuwachs*

**E**s gibt keinen Grund, warum man dieses Nest mit 300 Einwohnern kennenlernen sollte. Seit einigen Monaten ist das bedeutungslose Dorf jedoch für die lokale Naziszene von Bedeutung geworden. Wie wohl in Südthüringen jedem bekannt sein sollte, der nicht die Augen vor der Ausbreitung von Nazigruppen verschließt, kaufte der Neonazi Frenck ein Gasthaus in dem Örtchen. Zumindest versucht der langjährige Nazikader das Haus zu kaufen, stößt dabei aber auf einige Probleme mit der Gemeinde, die ihr Vorkaufsrecht geltend machen will. Jedoch bahnt sich in dieser Situation ein längerer Rechtsstreit an und so lange dieser andauern wird, wird Frenck die Immobilie auch weiterhin unter dem freudigen Einverständnis des (Vor-)Besitzers Norbert Kalensee betreiben, welcher Frenck auch ein lebenslanges Nutzungsrecht in Aussicht stellte und den Verkauf zurückziehen werde, sollte die Gemeinde die Immobilie kaufen können. Wenn es sich dabei nicht um einen Bluff seitens Frenck handelt, wird die Immobilie ein Nazitreffpunkt von großer Bedeutung für die lokale Naziszene bleiben.

Dem Großteil der Leute im Dorf ist es wohl ohnehin egal, wer die Gaststätte betreibt und welche Veranstaltungen dort stattfinden. Neben der Polizei und den Nazis aus der Region interessierte sich eine zeitlang auch die Presse für das Dorf in der Nähe von Hildburghausen. In einem Bericht von Deutschland Radio Kultur vom April 2015 werden auch Dorfbewohner befragt, wie sie die Vorgänge um den „Goldenen Löwen“ betrachten. Dort heißt es vom Nachbarn des Gasthauses, dass doch in Kloster Veßra alles in

Ordnung sei. Eine „Ballermann Party“ mit RAC (Rock Against Communism) sei doch genau dasselbe wie eine Kirmes in den Dörfern.<sup>1</sup> Wer schon einmal das Vergnügen hatte in Südthüringen eine Kirmes zu besuchen weiß, dass man ihm in diesen Punkt auch nicht widersprechen kann. Auch dass in Kloster Veßra alles in Ordnung sei mit Frenck, ist nicht von der Hand zu weisen. Niemand, der noch bei Verstand ist, würde nach einem Besuch in der Dorftriestesse von Kloster Veßra und beim Anblick der eingeschworenen deutschen Dorfgemeinschaft behaupten, dass es hier „bunt“ zugehe oder das Örtchen irgendwie „weltoffen“ sei. Dass Frenck nur etwas Geduld und Glück brauchte um einen richtigen Ort zu finden, wo er sich einnisten kann, war nur eine Frage der Zeit.



*Nazi-Gasthaus „Goldener Löwe“*

### *Immobilien Scout 88*

**Ü**ber mehrere Jahre hatte Frenck immer wieder versucht Immobilien zu erwerben und sie für seine Veranstaltungen zu nutzen. Fast wöchentlich veröffentlichte Frenck aus unterschiedlichen Städten und Gemeinden im Landkreis

<sup>1</sup> <http://bit.ly/1HP1sLW>

Immobilieninserate auf seinen Facebook-Seiten, die er potenziell kaufen wolle. Zum einen handelte es sich dabei wohl um ein wirkliches Interesse an einigen Objekten, bei anderen wiederum um gezielte Desinformationen. Die Gemeinden reagierten jeweils aufgeschreckt und versuchten durch den eigenen Kauf der Immobilie einen Treffpunkt der Neonaziszene zu verhindern. Die lokalpolitischen Akteure wurden darüber hinaus immer nur aktiv, wenn gerade ihr eigenes Örtchen betroffen gewesen ist. Dass die einzelnen Städte und Gemeinden nicht erst seit Frencks Immobilieninteresse ein gewaltiges und gewalttätiges Naziproblem haben, spielte dabei nie eine Rolle. Wenn auf der Kirmes und in der Stadt Naziparolen gegrölt werden oder sich in Hildburghausen Raum in Kneipen für RAC-Abende finden lässt, ist das nicht so schlimm, solange es nicht an die Öffentlichkeit gerät. Der Lokalpolitik wird es, abgesehen von den Menschen aus Kloster Veßra, die es nun mal getroffen hat, wohl auch recht sein, dass sich Frenck und sein Anhang erstmal in Kloster Veßra treffen. Die mediale Aufmerksamkeit nach einer rassistischen Bürgerwehr, welche Ende 2014 Jagd auf rumänische Arbeiter machte und auf der Suche nach vermeintlichen Einbrecherbanden durch die Stadt patrouillierte, und diversen Aufmärschen in Schleusingen und Eisfeld dürfte es Städten wie Hildburghausen oder auch Schleusingen nur recht sein, wenn nicht ihr Image, sondern das eines Nachbardorfes in der Öffentlichkeit schlecht dasteht. Besonders nachdem Frenck die einzelnen Gemeinden wie z.B. Schleusingen immer wieder dazu nötigte Immobilien aufzukaufen, wird es wohl auch eine finanzielle Entlastung sein und das Problem zumindest zum Großteil um einige Kilometer weiter ins Hinterland verschoben sein.

### *Nazierlebniswelt leicht gemacht*

**W**ährend sich bereits über einen längeren Zeitraum hinweg Nazis im Landkreis weitestgehend ungestört als solche betätigen konnten und wir einige Bemühungen des Bürgerbündnisses gegen Rechts aus Schleusingen mal außen vor lassen, wird in Hildburghausen derzeit sogar eine aktive Förderung von Nazie-

vents betrieben. Zu Pfingsten versammelten sich rund 1500 Neonazis aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Tschechien in Hildburghausen um beim „Live Hate“ Konzert, organisiert von Patrick Schröder und Tommy Frenck, den Klängen von diversen Neonazibands zu lauschen, sich zu besaufen und Rednern aus der gesamten Bundesrepublik zuzuhören. Das Veranstaltungsgelände auf einer Industriebrache am Rand von Hildburghausen bekamen die Nazis ohne weitere Probleme, sogar mit einem angenehmen Vertrag von der Stadt Hildburghausen, Bierausschank und Umgehung der Nachtruhe inklusive. Dass sich das Neonazi-Saufgelage in unmittelbarer Nähe der Flüchtlingsunterkunft in der Stadt befand, war dabei weder bei Polizei noch bei der Stadt von Interesse. Nach Ende des Konzertes zogen zum Teil größere Gruppen von Neonazis betrunken durch Hildburghausen oder wurden von den lokalen Taxi-Unternehmen brav nach Hause gefahren. Friedlich blieb es an diesem Abend zumindest in Hildburghausen und selbst wenn es nicht verhältnismäßig ruhig verlaufen wäre, hätte sich die Stadt ja versicherungstechnisch mit dem Mietvertrag an Tommy Frenck gut abgesichert. Die Busse und Autokolonnen mit jeder Menge Neonazis, welche sich ebenfalls zur Freude der lokalen Gasthäuser auf den umliegenden Dörfern oder der Stadt selbst einnisteten, reisten zum Großteil ohne Polizeibegleitung ab. Ganz so friedlich blieb es am Ende doch nicht, wie es die Nazis gerne gehabt hätten. So gibt es einige Berichte, dass Neonazis, die sehr wahrscheinlich vom Konzert in das nahegelegene Eisfeld zum „Kuhschwanzfest“ reisten, noch gegenüber einigen Jugendlichen aus dem Dorf aggressiv auftraten und es auch zu Übergriffen gekommen sein soll.

### *Es sickert nicht mehr durch*

**A**ber nicht überall werden die Nazis von den Behörden so dauerhaft hofiert wie in Hildburghausen. In Kloster Veßra bekamen die Zuständigen des Landkreises doch kalte Füße oder ein schlechtes Gewissen und wurden aktiv. Schließlich fand man einige Mängel an der Sickergrube des Gebäudes, weshalb der Landkreis

in Bezug auf das Wasserrecht eine weitergehende Nutzung für Frencks Gaststätte zwischenzeitlich untersagte. Frenck vermutet hinter der Nutzungseinschränkung eine geplante Verschönerung aus Gemeinde, Gutmenschen-Allianz und der Lügenpresse des MDR. Doch die Opfernummer half Frenck in diesem Fall auch nicht weiter. Die Gaststätte musste Ende Juni bereits für einige Tage schließen. Seitdem klagt Frenck gegen den Beschluss, was zu Folge hat, dass es immer wieder dazu kommt, dass er die Gaststätte, wie es Ende Juli der Fall war, zeitweise wieder öffnen kann. Anfang August kam es sogar vorerst zu einem Vergleich vor Gericht, der Frenck die Nutzung der Gaststätte unter Auflagen zwar erlaubte, die Nutzung des Saales bis zur Lösung des Sickergrubengates aber untersagte. Dazu startete Frenck eine Soli-Kampagne mit eigenen T-Shirts, da die Kosten für den Ausbau der Sickergrube wohl im fünfstelligen Bereich liegen dürften. Eine weitere Nutzung des Gebäudes bleibt nach dem vor Gericht erstrittenen Vergleich also nicht aus. Der Laden von Frencks Naziversand „Druck 18“ (18 = AH = Adolf Hitler) sowie diverse Wohnungen und die Gaststätte bleiben bestehen. Ein Vorteil, den es aktuell gibt, ist eine für Frenck entstandene Planungsunsicherheit und er vorerst ohne Saal nicht, wie in der Vergangenheit, Vorträge des „Thüringer Heldengedenken“ mit NS-Verherrlichung oder einen Landesparteitag von



Tommy Frenck auf der THÜGIDA-Demo am 8. Juni in Suhl – im LKW: Holocaustleugner Axel Schlimper von der Europäischen Aktion

Die Rechte durchführen kann. Wie ein kleines bockiges Kind gab Frenck im Internet bekannt, dass es für jeden geschlossenen Tag eine extra Veranstaltung im kommenden Jahr geben wird. Es bleibt also spannend, wie sich der Rechtsstreit um das Abwasser und Tommy Frenck weiter entwickeln wird. Langfristig gesehen wird man das Nazizentrum, zu was es mittlerweile schon geworden ist, so nicht stoppen. Dennoch dürften Rechtsstreit, mangelnde Planungssicherheit und die finanzielle Belastung Frenck zusetzen.

### Ausblick in den braunen Sumpf

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Nutzung des Gebäudes in Kloster Veßra fortsetzen wird. Nach einigen Monaten voll mit Liederabenden von Lunikoff, Ballermann Partys und Vorträgen von Antisemiten wie Axel Schlimper von der Europäischen Aktion Thüringen oder dem Landesparteitag der Partei Die Rechte Thüringen kann jedoch festgehalten werden, dass die Lokalität in dem Dorf für die Naziszene regional, als auch überregional von großer Bedeutung ist. Das zeigte sich u.a. am 30. Mai bei einer „Zeitzeugenveranstaltung“ vom Thüringer Heldengedenken, welche gleichzeitig als Mobilisierung für den Naziaufmarsch zum Volkstrauertag 2015 in Friedrichroda gesehen werden kann, als Nazis aus ganz Thüringen anreisten. Auf kurze Sicht wird sich zeigen, ob Frenck die Gaststätte weiter nutzen kann und inwiefern ihn die finanzielle Belastung zurückwerfen wird. Im Hinterkopf sollte jedoch bleiben, dass sich Nazizentren nicht so leicht durch Behörden aus dem Weg schaffen lassen. Für den Landkreis wird es mit oder ohne der Nutzung der Gaststätte weiter so bleiben, dass der braune Sumpf präsent bleiben wird. Sei es bei dem verschobenen Thüringentag der nationalen Jugend, der in Kloster Veßra geplant war, bei einem weiteren Fakelmarsch zum „Heldengedenken“ oder beim nächsten Nazigroßevent. Der Landkreis Hildburghausen wird auch zukünftig Schwerpunkt der Südthüringer Naziszene bleiben. Für weitere Ankündigungen zu geplanten Gegenprotesten z.B. gegen einen möglichen Thüringentag der Nazis gibt es Infos unter [www.trockenlegen.tk](http://www.trockenlegen.tk)

TROCKENLEGEN.TK

## BRIEFE VON DEN LESERN

Wir freuen uns, an dieser Stelle eine Einsendung abdrucken zu dürfen, die uns von unserem Leser *Tommy aus der Jauchegrube* erreichte, der im Juli zwei Wochen mit seinem Schatz in Ägypten verbrachte und über seine Urlaubserlebnisse berichten möchte. Der Reisebericht thematisiert, wie bereits unser in der letzten Ausgabe abgedruckter Brief an die Leser, eine Projektionsleistung<sup>1</sup> Aus Angst des Einsenders vor den homophoben Reaktionen seiner Kameraden und trotzdem das Bedürfnis hegend, uns alle an den schönen Erlebnissen teilhaben zu lassen, wird auf vollständige namentliche Nennung der Beteiligten verzichtet und deren Gesichter unkenntlich gemacht. Die Namen sind der Redaktion bekannt.

### Uns bleibt immer noch Gizeh...

Anfang Juli war es endlich soweit. Die lang ersehnten Flitterwochen mit meinem Pätti standen bevor. Tropenhelm, Feldstecher, Knicklichter, Dosenbrot und der ganze Outdoorkram waren gepackt; das Gammelfleisch, das ich an die Trotteln in meinem Gasthaus verkloppe, wieder eingefroren und Mutti eingewiesen, den hässlichen Fleischberg, den ich Hund nenne, mit frischen Katzenbabys zu füttern. Damit auch meine Kundschaft, die glücklicherweise noch etwas dümmner zu sein scheint als ich selbst, nicht auf richtige Gedanken kommt, habe ich vor Reiseantritt noch schnell ein schwulenfeindliches Kommentar in meine Facebook-Chronik gepostet (irgendwas mit Naturburschentum und Ekel) und ab ging es. Das Flugzeug brachte uns über ein großes Wasser (nein, nicht den Ratscher, noch größer) in eine Stadt, die man Kairo nennt. Ich war überrascht. Richtige Straßen und Häuser, fließendes Wasser und Eiscreme; und keine Neger weit und breit, obwohl wir doch in Afrika waren. Meine These, dass alle Neger möglicherweise schon auf dem Friedberg in Suhl sind, konterte Pätti mit einem Lächeln, das er öfter auflegte, wenn er meine intellektuellen Fähigkeiten würdigte. Von Kairo aus unternahm mein Pätti jeden Nachmittag Ausflüge mit mir. Wie echte Touristen brachen wir bei 40 °C im Schatten auf zu großen Steinhaufen, Bootsfahrten, Apotheken, öffentlichen Toiletten und zu Orten, an denen ein entfernter Verwandter mal fast die Briten geschlagen haben soll.

Es war ein Traum: Heiße Strände, warme Nächte, feuchte Körper, verruchte Zärtlichkeit und jeden Morgen frische Handtücher und diese Minztäfelchen, die die Untermenschenangestellten auf die Kopfkissen legten und die ich fröhlich von Pättis Bäckchen knabbern konnte – wir hatten Spaß, Spaß, Spaß. Bis schließlich das Telefon klingelte. Mutti Meißner war dran. Sie berichtete, dass ruchlose Rebellen meinen heimatlichen Gasthof besprüht hatten. Pätti und ich waren außer uns. Vor Wut setzten wir gleich einen Facebook-Post an die Kameraden ab und vergaßen dabei uns einzucremen, was einen ordentlichen Sonnenbrand zur Folge hatte. Immerhin hatten sich einige stramme Kameraden aus meiner Yoga-Gruppe bereit erklärt, mein Gasthaus von nun an zu bewachen. An dieser Front gab es also keine Überraschungen mehr.



Der restliche Urlaub war Romantik pur: Strandspaziergänge, gegrilltes Fleisch, Sonnenuntergänge, Youtube-Abende, Kniffel, Mückenstiche, Hitzestiche, Bienenstich. Für das Kropfzeug, das mich auf Facebook verfolgt, fotografierte ich Steine, Wände, Sand, echte Tiere, tote Tiere, gegrillte Tiere, Tiere aus Stein und natürlich meinen Schnuffel und mich. Nach 14 Tagen Zweisamkeit brachte uns die Lufthansa rot gebräunt heim ins Reich.

Alles in allem war's schon geil. Nächstes Jahr dann wieder Malle! Sieg Heil!

